

## **Bundesfamilienministerin Paus fordert besseren Schutz für Frauen in Berlin**

Nach den tödlichen Angriffen auf Frauen in Berlin fordert Familienministerin Paus mehr Schutzplätze und ein Gewalthilfegesetz zur Bekämpfung von Femiziden.



Stand: 31.08.2024 16:07 Uhr

In Berlin kam es in kürzester Zeit zu zwei tödlichen Messerangriffen auf Frauen, die die Diskussion um den Schutz von Frauen vor Gewalt erneut anheizt. Bundesfamilienministerin Lisa Paus äußerte sich mit Nachdruck zu diesem Thema und sprach von einem „massiven Gewaltproblem“ in Deutschland. Ihre Forderung: Es müsse dringend mehr Platz für Schutzunterkünfte für betroffene Frauen geschaffen werden.

Der tragische Hintergrund dieser Forderung sind die Gewalttaten, die sich jüngst in der Hauptstadt ereignet haben. Eine 36-jährige Frau wurde von ihrem Ex-Mann erstochen,

während eine 28-Jährige am nächsten Tag einem ähnlichen Schicksal erlag. Dies wird den Behörden als Femizid eingestuft, ein verheerendes Phänomen, das Männer betrifft, die Frauen nur aufgrund ihres Geschlechts töten.

## **Femizid als erschreckende Realität**

Paus betonte, dass im Bundesgebiet alle zwei Tage eine Frau von einem Partner oder Ex-Partner getötet werde. Ihre wütenden Worte richteten sich nicht nur auf die unmittelbar betroffenen Frauen, sondern auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung, solche Gewalt zu verhindern. „Das sind nicht nur Einzelfälle, das sind Teil eines systemischen Problems“, so die Ministerin.

Eine weitere Messerattacke ereignete sich am Freitag, wobei ein Mann in Reinickendorf eine Frau mit einem Küchenmesser angriff und strangulierte, was von der Polizei als versuchtes Tötungsdelikt eingestuft wurde. Angesichts dieser Vorfälle hat die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg ebenfalls politische Konsequenzen gefordert.

## **Politische Reaktionen und Maßnahmen**

Badenberg verwendete die starken Worte „purer Frauenhass“, um das gesellschaftliche Problem zu beschreiben. Sie forderte von ihrem Kollegen, dem Bundesjustizminister Marco Buschmann, die Einführung elektronischer Fußfesseln für Täter, um potenzielle Gewalt gegen Frauen zu verhindern. Buschmann äußerte sich offen dafür und ließ prüfen, ob es dafür eine bundesgesetzliche Regelung geben kann.

Doch die Frage drängt sich auf: Was sind die notwendigen Schritte, die unternommen werden müssen, um Frauen vor derartigen Gewalttaten zu schützen? Paus kündigte ein Gewalthilfegesetz an, das allen Betroffenen einen Anspruch auf Schutz einräumen soll. Dabei wird es voraussichtlich finanzielle Unterstützung für die Bundesländer geben, um die Prävention

und den Ausbau von Schutzplätzen effektiv zu fördern.

Die Situation ist alarmierend. In der Vergangenheit gab es bereits Fälle, in denen Frauen in Berlin aus einem kulturellen oder familiären Kontext heraus ermordet wurden. Diese Taten haben tiefgreifende gesellschaftliche Diskussionen ausgelöst. Die Justiz hat in diesen Fällen strenge Urteile gefällt, etwa gegen zwei afghanische Brüder, die ihre Schwester töteten, weil sie nicht in das Moralverständnis ihrer Familie passte.

Paus und Badenberg machen klar, dass die aktuelle Welle von Gewalt gegen Frauen nicht länger hingenommen werden kann. Die Forderung nach mehr Schutz und einer Veränderung des rechtlichen Rahmens ist dringlicher denn je. Frauen müssen in Deutschland sicher leben können, ohne Angst vor Gewalt zu haben. Der gesellschaftliche Druck wächst, und die Politik steht vor der Herausforderung, eine klare und erreichbare Lösung zu implementieren.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**